Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin 07.04.2014
QPK 1 -3850
Herr Juraschek

Vorlage für das Bezirksamt
- zur Beschlussfassung –
Nr. 0742/IV

A. Gegenstand der Vorlage: Vorlage zur Kenntnisnahme für die BVV, Zwischenberichterstattung zur bisherigen Umsetzung der Altenplanung für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf 2012 - 2016 für den Zeitraum bis 31.12.2013

B. Berichterstatter/in: Bezirksstadträtin Frau Pohle

C.1 Beschlussentwurf: Das Bezirksamt beschließt die beiliegende Vorlage an die BVV.

C.2 Weiterleitung an die BVV zugleich Veröffentlichung: Das Bezirksamt beschließt weiterhin, diese der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen und zu veröffentlichen.

D. Begründung: Das Bezirksamt hat am 29. Januar 2013 die Fortschreibung der bezirklichen Altenplanung für den Zeitraum bis 2016 gemäß Vorlage für das Bezirksamt Nr. 0379/IV beschlossen. Die Berichterstattung zur Umsetzung der Altenplanung soll demnach in Form einer Zwischenberichterstattung im Jahr 2014 und abschließend zum Ende der laufenden Legislaturperiode erfolgen. Der Beirat zur Umsetzung der Altenplanung hat in seiner Sitzung am 19.03.2014 die ihm vorgelegte Zwischenberichterstattung für den Zeitraum bis zum 31.12.2013 einstimmig beschlossen und dem Bezirksamt die Weiterleitung an die BVV zur Kenntnisnahme empfohlen.

E. Rechtsgrundlage: § 15, § 36 Abs.2 Buchstabe b, f und Abs.3 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG)
§ 1, Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes vom 20. Mai 2011

F. Haushaltsmäßige Auswirkungen: keine

G. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen: Die Fortschreibung der bezirklichen Altenplanung basiert auf einer umfänglichen Befragung ab 50-jähriger Einwohner_innen des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf 2010 und einer darauf aufbauenden, auswertenden Sozialstudie im Sinne umfänglicher Beteiligung der Zielgruppe an der Fortschreibung sie betreffender Fachplanungen. Die Aussagen zu den untersuchten Themenfeldern wurden nach interkulturellen, alters- und geschlechtsspezifischen sowie sozialräumlichen

Differenzierungen und unter Berücksichtigung migrationsbedingter Aspekte aufbereitet und dargestellt. Diesbezügliche Erkenntnisse finden in den ausgewiesenen Arbeitsschwerpunkten der Fachressorts und Kooperationspartner_innen im Netzwerk im Alter für die Jahre 2012-2016 Berücksichtigung.

H. Behindertenrelevante Auswirkungen: wie oben

I. Migrantenrelevante Auswirkungen: wie oben

Dagmar Pohle
Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales

Anlage

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 22.05.2014

1. Gegenstand der Vorlage: Vorlage zur Kenntnisnahme für die BVV, Zwischenberichterstattung zur bisherigen Umsetzung der Altenplanung für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf 2012 - 2016 für den Zeitraum bis 31.12.2013

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme des o.g. Zwischenberichts, der als Anlage beigefügt ist, gebeten.

Dagmar Pohle
Stellv. Bezirksbürgermeisterin

Anlage

Umsetzung der bezirklichen Altenplanung 2012 – 2016 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf von Berlin/ Zwischenberichterstattung für den Zeitraum vom 01.01.2012 bis 31.12.2013

1. Vorbemerkungen:

Die Fortschreibung der bezirklichen Altenplanung für die Jahre 2012 – 2016 basiert auf einer repräsentativen Befragung ab 50-jähriger Einwohner_innen des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf im Rahmen der beim Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) extern beauftragten Sozialstudie „50 und älter in Marzahn-Hellersdorf 2010“.

Der Entwurf der Fortschreibung der Altenplanung Marzahn-Hellersdorf für die Jahre 2012 – 2016 wurde unter enger Mitwirkung des Beirates zur Umsetzung der Altenplanung, aller Interessenverbünde im bezirklichen Netzwerk im Alter, der Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf als gewählter Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren im Bezirk, aller Ressorts der Bezirksverwaltung sowie der drei Beauftragten des Bezirksamtes erarbeitet.

Der Beirat zur Umsetzung der Altenplanung hat die ihm vorgelegte Fortschreibung in seiner Sitzung am 05.12.2012 einstimmig beschlossen und dem Bezirksamt die Beschlussfassung und Weiterleitung an die BVV zur Kenntnisnahme empfohlen. Das Bezirksamt folgte dieser Empfehlung in seiner Sitzung am 29. Januar 2013 gemäß Vorlage zur Beschlussfassung Nr. 0379/IV. Die Fortschreibung der bezirklichen Altenplanung für die Jahre 2012 – 2016 wurde nachfolgend auf den Seiten des Bezirksamtes im Internet veröffentlicht.

Die Berichterstattung zur Umsetzung der Altenplanung soll nach Ablauf der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode der BVV zunächst in Form einer Zwischenberichterstattung zum Jahresende 2014 und abschließend nochmals zum Ende dieser Legislaturperiode erfolgen.
Der Beirat zur Umsetzung der Altenplanung beschloss in seiner Sitzung am 10.04.2013 einstimmig weitere konkrete Festlegungen zur Sicherung kontinuierlicher Berichterstattung zum Erfüllungsstand jeweiliger Planungsvorhaben durch die drei Interessenverbünde im bezirklichen Netzwerk im Alter, die für den Altenbeirat benannten Vertreter_innen aller Ressorts der Bezirksverwaltung sowie die Beauftragten des Bezirksamtes.

Auf Grundlage der ersten Zwischenberichterstattungen ist eine Zusammenstellung der Berichte für den bisherigen Umsetzungszeitraum der beschlossenen Altenplanung für die laufende Legislaturperiode, also für den Zeitraum vom 01.01.2012 bis 31.12.2013 vorgenommen worden. Sie wird nach Abstimmung mit dem Beirat am 19.03.2014 der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf zur Kenntnisnahme vorgelegt.

2. Zwischenberichterstattung gemäß dem im Beirat zur Umsetzung der Altenplanung abgestimmten Verfahrensvorschlag

2.1 Abteilung Gesundheit und Soziales

2.1.1 Altenplaner

In den Sitzungen des Beirates zur Umsetzung der Altenplanung am 14.08.2013 und 27.11.2013 verwies der Altenplaner im Rahmen der vereinbarten Zwischenberichterstattung insbesondere:

- ⇨ auf die regelmäßigen Sitzungen des Altenbeirates als Steuerungs- und Kontrollgremium für die Umsetzung, Berichterstattung und Aktualisierung der bezirklichen Altenplanung, der dreimal jährlich mit abgestimmter Tagesordnung tagt, sowie auf die dort vorgetragene Berichterstattung durch die drei Interessenverbünde im bezirklichen Netzwerk im Alter, die in ihrer operativen Tätigkeit den in der

Altenplanung vereinbarten Handlungsschwerpunkten und den diesen zugrunde liegenden Leitlinien der Seniorenarbeit im Land Berlin, den nationalen und Berliner Gesundheitszielen folgen. Die Interessenverbünde werden dabei von ihren gewählten Sprecherinnen und - bei Bedarf - durch die Geschäftsstelle für das bezirkliche Netzwerk im Alter vertreten. Die Geschäftsstelle ist seit dem 01.01.2013 aus der Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes/ OE QPK ausgegliedert und dem Amt für Soziales/ Team IV zugeordnet worden. Die Tagesordnung für Sitzungen des Altenbeirates wird weiterhin in enger Absprache zwischen der Geschäftsstelle, den Sprecherinnen der Interessenverbünde, allen Ressorts der Bezirksverwaltung, der Altenplanung (OE QPK) und der Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales vorbereitet.

Das schließt insbesondere auch die Vorbereitung und Durchführung der Berichterstattung aus den in den Interessenverbünden derzeit aktiven Arbeitskreisen regelmäßig ein, nachzulesen in den ausführlichen Protokollen des Beirates zur Umsetzung der Altenplanung. Hierzu fertigt die Geschäftsstelle für das bezirkliche Netzwerk im Alter alle 2 Jahre auch zusammenfassende Netzwerkberichte an den Beirat zur Umsetzung der Altenplanung und veröffentlicht diese im Internet, zuletzt den 6. Netzwerkbericht für die Jahre 2010 – 2011. Der 7. Netzwerkbericht für die Jahre 2012 – 2013 befindet sich derzeit im Erarbeitungsprozess, wird spätestens zur Beiratssitzung am 27.08.2014 termingerecht vorgelegt und ist als Teil der zum Jahresende 2014 festgelegten Zwischenberichterstattung anzusehen.

Mit der Verankerung der Altenplanung in der OE QPK und der Geschäftsstellentätigkeit für das bezirkliche Netzwerk im Alter beim Amt für Soziales werden wesentliche organisatorische Prozesse rund um die bezirkliche Altenplanung und deren kontinuierliche Fortschreibung aus der Abteilung Gesundheit und Soziales heraus stellenmäßig abgesichert und koordinierend wahrgenommen.

Alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenstellungen und Festlegungen in der bezirklichen Altenplanung für die Jahre 2012 – 2016 sind im Berichtszeitraum 2012 – 2013 seitens der Abteilung Gesundheit und Soziales vollständig erfüllt worden.

Diese Aussage trifft gleichermaßen auf alle weiteren Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkte zu, für die insbesondere das Amt für Soziales, die dort zugeordnete Altenhilfekoordination und/ oder die drei Interessenverbünde im bezirklichen Netzwerk im Alter die Federführung übernommen haben.

Exemplarisch hierfür:

- die dem Amt für Soziales/ Koordinatorin Stadtteilzentren federführend zugeordnete Aufgabenstellung, Angebote für künftige Seniorinnen und Senioren und junge Alte – unter Vorbehalt der Bereitstellung hierfür erforderlicher Ressourcen – wohnortnah weiter zu erhalten und bedarfsgerecht zu gestalten, wobei insbesondere den Stadtteilzentren besondere Bedeutung zukommt. Mit Weiterfinanzierung der Stadtteilzentren in den Haushaltsjahren 2012 - 2013 und 2014 ist es gelungen, die generationsübergreifenden und auch spezifischen kulturellen Angebote für die Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren in den Bezirksregionen weiter zu sichern und diesbezüglich große Kontinuität zu wahren.
- Ferner ist es im Berichtszeitraum gelungen die personellen Grundlagen für die Regionale Seniorenarbeit des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf, Abteilung Gesundheit und Soziales, abzusichern. In Umsetzung des § 71 Sozialgesetzbuch (SGB) XII obliegt es den dortigen Mitarbeiterinnen, für alle älteren Menschen Aktivitäten anzuregen und zu fördern sowie Freiräume dafür zu schaffen. Ziel der Seniorenarbeit ist und bleibt es, älteren Menschen zu ermöglichen, durch ein

selbst gestaltetes aktives Alter Vereinsamung vorzubeugen und vorzeitige Pflegebedürftigkeit zu verhindern.

- Wahlen für Ehrenamtlichen Dienst im sozialen Bereich – Amt für Soziales: Die Mitglieder der Sozialkommissionen des Bezirkes wurden für den Zeitraum von März 2013 bis Februar 2017 von der Bezirksverordnetenversammlung neu gewählt. Nach dem öffentlichen Aufruf im Herbst 2012 haben sich über 200 Bürgerinnen und Bürger für dieses Ehrenamt beworben. Die 27 Sozialkommissionen wurden anhand der 33 im Bezirk vorhandenen kleinteiligen Planungsräume/ Sozialräume strukturiert und jeweils einem Stadtteilzentrum zugeordnet. Die Stadtteilzentren werden von den Mitgliedern der Sozialkommissionen als Anlaufpunkte, für Beratungstermine der Kommissionen und zur Kontaktpflege vor Ort genutzt. Über die Mitglieder der Sozialkommissionen und ihre Erreichbarkeit informieren in den Stadtteilzentren ständige Aushänge. Die Mitglieder der Sozialkommissionen ergänzen die hauptamtliche soziale Arbeit des Bezirksamtes. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen:
  - Persönliche Kontakte und Ehrungen
  - Vermittlung in Fragen des sozialen Bedarfs
  - Persönliche Hilfeleistungen
  - Informationen über soziale Angebote sowie Förderung der Teilnahme am öffentlichen Leben.
  - Eine Sondersozialkommission wird auch künftig dafür sorgen, dass die seit 2008 als Internetzeitschrift erscheinende „Spätlese“ alle zwei Monate erscheint, um den Seniorinnen und Senioren Wissenswertes über den Bezirk zu vermitteln.
- In enger Zusammenarbeit der apercu Verlagsgesellschaft mit dem Bezirksamt, Amt für Soziales, ist auch im Berichtszeitraum 2012 – 2013 das „RatgeberJournal Marzahn-Hellersdorf für Menschen ab 55“ zweimal jährlich erschienen. Dieses beinhaltet insbesondere Informationen über die gesundheitliche und soziale Infrastruktur des Bezirkes, rund um die Themen Gesundheit, Wohnen und Aktiv im Alter, auch für pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren sowie ihre pflegenden Angehörigen.

Hiervon unberührt ist die Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben durch das Amt für Soziales sowie auch durch das Gesundheitsamt und die Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die der Abteilung Gesundheit und Soziales zugeordnet sind und deren Leistungen und anderen Aufgaben vor dem Hintergrund der bekannten demographischen Entwicklung im Bezirk von immer mehr alten Menschen in Anspruch genommen werden bzw. sich verstärkt auf diese Zielgruppe ausrichten.

So hat die Eingliederungshilfe im Amt für Soziales jährliche Fallzahlensteigerungen von bis zu 8% aufzufangen, bis dato ohne die hierfür ausreichenden personellen Aufwüchse.

Psychische Erkrankungen sind Teil des Lebens vieler Menschen, sie nehmen bundesweit, im Land Berlin und so auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf kontinuierlich weiter zu. Insbesondere zeigen gerade die psychischen Erkrankungen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung – wie Demenzen - deutliche Zuwächse. Hiervon ist nicht zuletzt der Sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes betroffen. Das Gesundheitsamt sichert seine gesetzlichen Pflichtaufgaben derzeit nur noch mit 80% des im Rahmen des Mustergesundheitsamtes als erforderlich ausgewiesenen Personals.

- ⇨ Der Altenplaner nahm in seiner Berichterstattung auch Bezug auf die geschäftsführende Rolle der OE QPK für die seit 2010 regelmäßig durchgeführten Folgetreffen der Koordinierungsgremien der Verbünde psychosozialer Arbeit im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages „Qualitätsentwicklung im ÖGD“ – hier als Bestandteil der Fortschreibung bezirklicher Altenplanung für die Jahre 2012 – 2016 verankert – leistet die OE QPK damit ihren Beitrag zum Erhalt und zur Qualifizierung der Arbeit bestehender psychosozialer Netzwerke im Bezirk, indem im Rahmen der Treffen der Koordinierungsgremien gegenseitige, netzwerkübergreifende Informationen zu den Handlungsschwerpunkten in den Jahresarbeitsplanungen, der Austausch zu wesentlichen fachlichen, rechtlichen und Bedarfsentwicklungen, zur bedarfsorientierten Fortschreibung von Konzepten und zur Beteiligung freier Träger an (auch übergreifenden) Planungsprozessen gesichert werden.

  In jedem Jahr werden zudem in den mindestens alle 6 Monate sowie zusätzlich bei besonderem Bedarf stattfindenden Folgetreffen der Koordinierungsgremien übergreifende Vorhaben vereinbart und gemeinsam konzipiert, an denen sich alle Netzwerke und deren Mitglieder - die dort vertretenen Träger und Bereiche der öffentlichen Verwaltung – beteiligen. Exemplarisch hierfür ist die jährliche Woche der seelischen Gesundheit zu wechselnden Themenschwerpunkten. Die Woche der seelischen Gesundheit 2013 fand unter der Themenstellung „Seelische Gesundheit im Alter“ statt und wurde unter Leitung der bezirklichen Psychiatriekoordinatorin, unter enger Mitwirkung des bezirklichen Suchthilfekoordinators sowie unter Beteiligung der bezirklichen Altenplanung/ Altenhilfekoordination konzipiert, was als ein Beleg für deren enge Zusammenarbeit herangezogen werden kann.

  Die bewährten Folgetreffen der Koordinierungsgremien der Verbünde werden auch künftighin regelmäßig durchgeführt. Das 6. Folgetreffen fand am 24.09.13, das 7. Folgetreffen am 11.03.2014 statt.

2.1.2 Geschäftsstelle des bezirklichen Netzwerkes im Alter

Im Vorgriff auf den noch nicht vorliegenden 7. Netzwerkbericht 2012 -2013 berichtete die Geschäftsstelle des bezirklichen Netzwerkes im Alter – in enger Rücksprache mit den Koordinierungsgremien der Verbünde - für den Abrechnungszeitraum von Januar 2012 bis zum Dezember .2013 im Beirat zur Umsetzung der Altenplanung über die Schwerpunkte in der Arbeit der drei Interessenverbünden zusammenfassend wie folgt:

- ⇨ Die Mitglieder aller drei Interessenverbünde (Gesundheit im Alter, Wohnen im Alter, Aktiv im Alter) nehmen regelmäßig an den Beratungen der Arbeitskreise, Verbundsitzungen sowie Trägerkonferenzen teil. Die Internetseiten des Netzwerks im Alter werden durch die Geschäftsstelle ständig aktualisiert. Es erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung über die aktuellen Problemlagen und Aktivitäten der Verbünde im Beirat zur Umsetzung der Altenplanung.

- ⇨ Informationen über angebotene externe Weiterbildungen werden über den Netzwerkverteiler per E-Mail weitergeleitet. Das Gerontoplenum, welches jahrelang interne Weiterbildungen für den Interessenverbund Gesundheit im Alter organisierte, hat auf Grund des großen externen Angebots an fachspezifischen Weiterbildungen, die als ausreichend angesehen werden, die Arbeit eingestellt. Die Trägerkonferenzen und Verbundsitzungen werden nun genutzt, um primär Fachvorträge für die Mitglieder zu organisieren. Das Netzwerk arbeitet eng mit der Kontaktstelle PflegeEngagement, der Selbsthilfekontaktstelle sowie den Pflegestützpunkten zusammen und tritt als Mittler der Angebote gegenüber ihren Mitgliedern auf. Mitglieder der bezirklichen Seniorenvertretung arbeiten in allen drei

Interessenverbünden aktiv mit und werden dort als Expert_innen wertgeschätzt. Die bezirklichen Sozialkommissionen werden in ihren Anleitungsrunden über die Arbeit des Netzwerks im Alter informiert.

Der Seniorenaktivtag 2013 - gekoppelt mit dem Seniorenwandertag - wurde durch den Interessenverbund Aktiv im Alter organisiert und durchgeführt, eingebunden waren auch die anderen Verbünde des Netzwerks im Alter.

⇨ Der Interessenverbund Gesundheit im Alter führte im Berichtszeitraum arbeitsplatzbezogene Schulungen zum Umgang mit an Demenz erkrankte Bürgerinnen und Bürgern in den Polizeiabschnitten 62 und 63 durch. Veranstaltungsangebote für Menschen mit Demenz und deren Angehörige werden quartalsweise aktualisiert und im Internet veröffentlicht sowie über den Netzwerkverteiler per E-Mail versandt.

⇨ Das Angebot des Interessenverbundes Gesundheit im Alter an die Schulen im Bezirk, Informationsveranstaltungen zum Thema Demenz in Zusammenarbeit mit der Multiplikatorin für Gesundheitsförderung der Marzahn-Hellersdorfer Grund- und Sekundarschulen durchzuführen, besteht weiterhin, wurde aber bis jetzt nicht angenommen.

⇨ Um den steigenden Hilfebedarfen, die dem Einsetzen von Pflege vorgelagert sind, mit entsprechenden Beratungsangeboten gerecht zu werden, wurde der Arbeitskreis Beratungskoordination rund um Pflege – eine Plattform für den Fachaustausch der im Bezirk verorteten Beratungsdienste - gegründet. Dort arbeiten neben Vertreterinnen des Amtes für Soziales, des Gesundheitsamtes und dem Altenplaner auch die Pflegestützpunkte des Bezirkes, die Kontaktstelle PflegeEngagement, sowie Sozialarbeiterinnen aus ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen intensiv zusammen.

⇨ Die Durchführung eines derzeit noch laufenden Kunstprojektes mit an Demenz Erkrankten wurde durch den Interessenverbund Gesundheit im Alter initiiert. Der im Vorfeld bei der Robert Bosch Stiftung „Menschen mit Demenz in der Kommune" gestellte Antrag auf Fördermittel wurde in Anbetracht der bundesweit zahlreich gestellten Anträge nicht positiv beschieden. Die Durchführung des Projekts wurde und wird nun mit eigenen Ressourcen sowie mittels Spenden durch die Mitglieder im Interessenverbund Gesundheit im Alter und weiterer Förderer geplant und durchgeführt. Das Projekt „Momente bewahren – Menschen mit Demenz malen“ ist in drei Abschnitten konzipiert. Vier Gruppen zu 5 bis 7 an Demenz Erkrankten treffen sich unter Anleitung einer Kunsttherapeutin, um sich mit den Materialien auseinanderzusetzen und Bilder zu gestalten. Über die Projektlaufzeit 2013/2014 werden die entstandenen Bilder an 12 Ausstellungsorten in einer Wanderausstellung über den Bezirk verteilt präsentiert und dort jeweils vier Wochen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Abschlussveranstaltung soll im Sommer 2014 mit einer Ausstellung aller Kunstobjekte, gekoppelt an einen Fachtag zum Thema, stattfinden.

⇨ Die Schulungen in den Wohnungsunternehmen im Interessenverbund Wohnen im Alter zum Thema Umgang mit an Demenz erkrankten Mieterinnen und Mietern sind soweit abgeschlossen, einige Wohnungsunternehmen signalisierten keinen Bedarf.

⇨ Der Interessenverbund Wohnen im Alter, in dem auch der Behindertenbeauftragte mitarbeitet, hat sich nach Sichtung der Protokolle der Einwohnerversammlungen im Bezirk vorgenommen, auf die immer wieder hervorgehobenen Barrieren im Wohnumfeld aufmerksam zu machen. Dazu ist ein Fragebogen erarbeitet worden, der an die Mieterinnen und Mieter der Wohnungsunternehmen im Interessenverbund

Wohnen im Alter sowie an Freizeiteinrichtungen u. a. mit der Bitte gegangen ist, Hindernisse konkret aufzuzeigen. Der Befragungszeitraum wurde für die Zeitspanne von Oktober bis Dezember 2013 festgelegt, so dass eine Auswertung der Fragebögen im ersten Halbjahr 2014 erfolgt.

⇨ Der im Oktober 2009 gegründete Marzahn-Hellersdorfer *alt*-KLUG e.V. geht auf das vorherige Kooperationsprojekt „Seniorenakademie *alt*-KLUG“ zwischen Bezirksverwaltung, Kliniken und Krankenhäusern im Bezirk, Volkshochschule, Alice-Salomon–Hochschule, Heimatmuseum, Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. u. a. zurück, das unter Moderation durch die Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales 2008 ins Leben gerufen wurde und mit zunächst großem Erfolg realisiert werden konnte. Dieses Kooperationsprojekt war einer der realisierten Schwerpunkte bezirklicher Altenplanung 2007 - 2011.

In Kürze wird der Verein *alt*-KLUG e.V. seine Tätigkeit einstellen, da es ihm an Mitgliedern mangelt.

Altenplanung wird im Land Berlin wie auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf als eine die Bezirkspolitik insgesamt sowie alle Ressorts der Bezirksverwaltung gleichermaßen betreffende Aufgabe angesehen, weshalb auch alle Abteilungen der Bezirksverwaltung am Zustandekommen der vorliegenden Altenplanung für die Jahre 2012 – 2016 mitgewirkt und hierzu auch ihre Zwischenberichte bis spätestens zum Jahresende 2013 vorgelegt haben.

Darüber hinaus gibt es im Land Berlin und so auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf vielfältige Möglichkeiten, den Interessen der älteren Generation in der Öffentlichkeit durch diese selbst und auch im Rahmen ihrer gewählten Interessenvertretung Geltung zu verschaffen. Hierzu gehören:

⇨ Wahlen zur Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf

Seit 2006 gibt es im Land Berlin ein Seniorenmitwirkungsgesetz. Jeder Berliner Bezirk hat auf dieser Grundlage eine Seniorenvertretung, die für die laufende Legislaturperiode der Bezirksverordnetenversammlung zuletzt im November 2011 neu gewählt worden ist.

Zur Wahl zur Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf waren mehr als 60.000 Seniorinnen und Senioren, die zum Zeitpunkt der Wahl 60 Jahre und älter waren, wahlberechtigt. Die Wahlen wurden durch die Altenhilfekoordination/ Altenplanung des Bezirkes koordiniert, mit Unterstützung durch das bezirkliche Wahlamt vorbereitet und zu drei aufeinander folgenden Terminen in regionalen Stadtteilzentren des Bezirkes abgehalten. Zum Wahlleiter wurde der bezirkliche Altenplaner berufen.

Im Rahmen ihrer Befugnisse setzt sich die Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf insbesondere dafür ein, dass sich alle Seniorinnen und Senioren aktiv am politischen, sozialen und kulturellen Leben beteiligen können.

Aufgaben der bezirklichen Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf:

- sie wirkt bei der bezirklichen Altenplanung durch Mitarbeit und Rederecht in Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung mit
- sie entsendet ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Beirat zur Umsetzung der Altenplanung und in die Interessenverbünde im bezirklichen Netzwerk im Alter
- sie berät und unterstützt ältere Menschen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche
- sie vertritt die Interessen der älteren Generation in der Öffentlichkeit
- sie erarbeitet Vorschläge zu Maßnahmen, die der Bezirk plant und die für

Seniorinnen und Senioren bedeutsam sind

- sie informiert über seniorenrelevante Gesetze und deren Umsetzung
- sie hält Kontakt zu Einrichtungen und Trägern der Altenhilfe
- sie hält Bürgersprechstunden ab
- sie tagt öffentlich und ist ehrenamtlich tätig.

⇨ Senioren-BVV

Die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung und die Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf laden alle Seniorinnen und Senioren zur jährlich stattfindenden Senioren – BVV ein, damit diese dort von ihrem Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung Gebrauch machen können.

Die Senioren-BVV im Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat auf Ihrer Sitzung im Juni 2012 zahlreiche Anregungen und Erwartungen älterer Einwohnerinnen und Einwohner diskutiert. Eine häufig geäußerte und von allen Anwesenden mitgetragene Forderung war die Angleichung von Ost- und Westrenten. Die fehlende Angleichung der Berechnungsgrundlagen, so hob die Vorsitzende der Seniorenvertretung hervor, würde 22 Jahre nach der staatlichen Einheit als ungerecht empfunden. Sie forderte das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf auf, eine Bundesratsinitiative durch das Land Berlin zu veranlassen. Dieser Forderung schloss sich der Bezirksbürgermeister an.

„Kern der Rentenüberleitung Ost und West muss ein einheitliches Rentenberechnungssystem sein, das den Rentenwert, das Durchschnittsentgelt und die Beitragsbemessungsgrenze umfasst. Fast ein Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit erwarten insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern, die noch heute unter Einbußen aufgrund unterschiedlicher Rentenberechnungen finanziell leiden müssen, eine abschließende Lösung. Dass noch immer ein Rentenwert (Ost) in Höhe von 88,7 Prozent des West-Wertes existiert, ist nicht mehr akzeptabel", argumentierte der Bezirksbürgermeister in seinem Brief an den Regierenden Bürgermeister. Artikel 30, Absatz 5 Einigungsvertrag hat eine klare Forderung verankert: „Im Übrigen soll die Überleitung von der Zielsetzung bestimmt sein, mit der Angleichung der Löhne und Gehälter in dem in Artikel 3 genannten Gebiet an diejenigen in den übrigen Ländern auch eine Angleichung der Renten zu verwirklichen.“ Nach fast einem Vierteljahrhundert muss diese Forderung nun erfüllt werden.

Der Regierende Bürgermeister teilte mit Schreiben vom 02.11.2012 hierzu mit: „Sobald die Bundesregierung die erforderlichen Berechnungen vorgelegt hat, werde ich auch für das Land Berlin die Notwendigkeit einer weiteren Initiative des Bundesrates prüfen lassen.“

Die Senioren-BVV im Mai 2013 fand zum Thema „Zukunft Wohnquartier – Lebensqualität und Lebensräume zum älter werden in Marzahn-Hellersdorf“ statt. Die Seniorinnen und Senioren im Bezirk waren hierzu wieder aufgerufen, ihre schriftlichen Anfragen, Vorschläge, Hinweise und Kritiken vorher einzureichen.

Die jährliche Senioren-BVV bietet Seniorinnen, Senioren, ihren Angehörigen und weiteren Interessierten die Möglichkeit, mit Mitgliedern des Bezirksamtes sowie Expertinnen und Experten direkt ins Gespräch zu kommen. Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes haben Gelegenheit, die Veranstaltung mitzugestalten.

Schriftliche Anfragen, Vorschläge, Hinweise und Kritiken werden vorher entgegen genommen und während der Veranstaltung beantwortet. Kennwort: „Senioren–BVV“, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Vorsteherin der BVV, 12591 Berlin oder per E-Mail an: bvv@ba-mh.verwalt-berlin.de; selbstverständlich können in der Veranstaltung auch noch mündliche Anfragen gestellt werden.

- ⇨ Themenbezogene Einwohnerversammlungen (Stadtteilversammlungen und Stadtteilkonferenzen)

Themenbezogene Einwohnerversammlungen sind eine weitere Möglichkeit - insbesondere auch für Seniorinnen und Senioren im Bezirk Marzahn-Hellersdorf - von ihrem Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung Gebrauch zu machen. Näheres wird unter Punkt 2.2 der Zwischenberichterstattung ausgeführt.

2.2 Bezirksbürgermeister

Im Auftrag des Bezirksbürgermeisters und Bezirksstadtrates für Schule, Sport, Finanzen und Personal wurde in Umsetzung der BA-Vorlage 0379/IV, Schwerpunkt „Einwohnerversammlungen und Stadtteilkonferenzen“, in der Zwischenberichterstattung auf Folgendes hingewiesen:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat am 28.05.2013 mit der BA-Vorlage 0481/IV beschlossen, dass die Durchführung von themenbezogenen Stadtteilversammlungen ab 01.06.2013 in Verantwortlichkeit des jeweils zuständigen Mitglieds des Bezirksamtes erfolgt.

Begründet wurde dies einerseits mit der Besucherstatistik im Betrachtungszeitraum September 2012 - Februar 2013 sowie andererseits mit der thematisch überwiegenden Inanspruchnahme der Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung zu Anliegen von Sauberkeit und Ordnung, Verkehrsanliegen und Versorgungseinrichtungen.

Die Fortführung der Einwohnerversammlungen sollte daher künftig - weg von zahlreichen subjektiven Einzelfragen - in themenorientierte und von breiterem öffentlichem Interesse getragene Stadtteilversammlungen überführt werden.

Dementsprechend unterliegen Einwohnerversammlungen ab Juni 2013 einer stärkeren inhaltlichen Ausrichtung und sollen in Form thematischer Veranstaltungen in den Stadtteilen, in denen dialogorientiert sowie stadtteilspezifisch zu mindestens einem Thema informiert und diskutiert wird, durchgeführt werden.

Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch jüngere Generationen, sollen durch gewecktes Interesse an einem Thema verstärkt zu einer Teilnahme bewogen werden.

2.3 Die Beauftragten des Bezirksamtes

2.3.1 Bezirklicher Behindertenbeauftragter

- ⇨ Der bezirkliche Behindertenbeauftragte verwies in seiner Berichterstattung auf den zentralen Punkt seiner kontinuierlichen Bemühungen auch in der laufenden Legislaturperiode, die unveränderte Forderung nach Sicherstellung von Barriere-Freiheit im Wohnbereich und im Wohnumfeld, die nicht nur die Interessen der schnell alternden, in ihrer Mobilität häufig und zunehmend eingeschränkten Einwohnerschaft des Bezirkes berührt. Die Forderung nach diesbezüglicher Einbeziehung des Behindertenbeauftragten in die Planung und Bauumsetzung im Bezirk wird in der Praxis bereits weitgehend erfüllt. Deren Wirksamkeit entfaltet sich primär dort, wo Bauvorhaben städtischer Wohnungsbaugesellschaften und Baumaßnahmen der öffentlichen Hand vorzubereiten und zu begleiten sind, aber auch dort, wo private Investoren im Rahmen der Markterkundung für die Belange von Menschen aufgeschlossen werden können, die auf Barriere-Freiheit im Wohnbereich und im Wohnumfeld besonders angewiesen sind.

  Hierfür liefern die der Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes/ OE QPK zugeordnete Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die Sozialplanung/ Altenplanung, die

Altenhilfekoordination (Amt für Soziales) mit dort geführten aktuellen Übersichten zu den Dienstleisterinnen/ Dienstleistern und Leistungsanbietern/ Leistungsanbieterinnen im Bezirk, die jährliche Behindertenstatistik sowie die alle 5 Jahre extern vom Bezirksamt in Auftrag gegebenen Sozialstudien „Behindertenbericht Marzahn-Hellersdorf“ und „50 Jahre und älter in Marzahn-Hellersdorf“ wichtiges empirisches Datenmaterial sowie darauf aufbauende Handlungsschwerpunkte und Handlungsempfehlungen für die Argumentation, die sich primär an die Bezirkspolitik, Bezirksverwaltung und dort integrierte weitere Fachplanungen, Netzwerke, Unternehmen/ Investoren und interessierte Fachkräfte richten.

⇨ Der Behindertenbeauftragte wurde deshalb folgerichtig per Experten-Interview von der Altenplanung auch in die Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme zum Entwurf des „Wohnungsmarktentwicklungskonzeptes Marzahn-Hellersdorf 2020“ (Federführung: Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung) umfänglich einbezogen, in der es insbesondere um Bedarfsabschätzungen hinsichtlich barrierefreier, alters- und behindertengerechter Wohnungen, um ein möglichst barrierefreies Wohnumfeld in allen Bezirksregionen von Marzahn-Hellersdorf und auch um die Frage künftiger Bezahlbarkeit von Wohnraum (Mietpreisentwicklung versus geringe, tendenziell häufig sinkende Haushaltseinkommen und drohende Altersarmut im Bezirk) gegangen ist.

⇨ Der Behindertenbeauftragte ist „per se“ Mitglied des Beirates zur Umsetzung der Altenplanung und hat dort insbesondere die Aufgabe, die Diskussion um die Belange von Behinderung bedrohter Menschen sowie von Menschen, bei denen eine Behinderung bereits eingetreten ist, zu befördern. Dabei handelt es sich - in Auswirkung der bekannten demographischen Entwicklungen im Land Berlin allgemein und im Bezirk Marzahn-Hellersdorf insbesondere - häufig und zunehmend um die Zielgruppe der Menschen in der Altersgruppe 50 Jahre und älter.
.

2.3.2 Bezirkliche Integrationsbeauftragte

⇨ Die bezirkliche Integrationsbeauftragte verwies in ihrer Berichterstattung darauf, dass hinsichtlich des Leitlinienentwurfs der Seniorenarbeit im Land Berlin, siehe hierzu die Leitlinien Nr. 11. und 15. im Anhang der beschlossenen Altenplanung 2012 – 2016, eine bezirkliche Zuständigkeit in Bezug auf die Verhinderung drohender Altersarmut bei älteren und alten Migrant_innen nur äußerst eingeschränkt gesehen wird. Hier fehlen bundesweite Lösungen, um die drohende Altersarmut bei einem Großteil der alten und bei einem Teil der älteren Spätaussiedler_innen, die nach 1996 zugewandert sind, abzuwenden. Auf die zumeist selbständigen Vietnamesinnen und Vietnamesen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf trifft das gleichermaßen zu, da diese aufgrund ihres geringen Handelsumsatzes oft keine Beiträge zur Rentenversicherung entrichten. Durch das Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung wird eingeschätzt, dass ein erheblicher Teil von ihnen im Alter von der Grundsicherung abhängig sein wird, und zwar unabhängig von einer an sich gelungenen Eingliederung als Selbständige in den Ersten Arbeitsmarkt.

Für die Altenplanung bleibt demzufolge auf bezirklicher Ebene der wesentliche, für realisierbar erachtete Handlungsschwerpunkt einer besseren Integration o. g. Zielgruppen in das nachbarschaftliche Leben, ggf. mit Hilfe von Lotsen. Eine geeignete Umsetzung sollte über die Stadtteilzentren und die Träger der Migrationssozialarbeit im Bezirk erfolgen. Ein solches Lotsenprojekt hat zum 01.01.2014 im Bezirk seine Arbeit bereits aufgenommen. Träger ist der Caritasverband für das Erzbistum Berlin. Das Projekt arbeitet auch für alle weiteren Zielgruppen mit Migrationshintergrund, ausgerichtet an jeweiligen Bedarfslagen.

- ⇨ Im Bericht der Integrationsbeauftragten zur bisherigen Umsetzung bezirklicher Altenplanung werden auch die Aktivitäten der Selbstorganisation des Aussiedler_innen Vision e.V. hervorgehoben, die auf das o. g. Ziel der Integration in das nachbarschaftliche Leben ausgerichtet sind. Auch bei Babel e.V. laufen solche herkunftsübergreifenden Angebote (Brunch am Donnerstag) sowie weitere spezielle Angebote für die Begegnung von Aussiedler_innen im Seniorenalter, die bei diesen äußerst beliebt sind.

- ⇨ Handlungsempfehlungen aus der Sozialstudie „50 und älter in Marzahn-Hellersdorf 2010“ an die Wohnungsunternehmen zur Schaffung und Weiterentwicklung von kiezbezogenen Möglichkeiten für Begegnung und Kommunikation, in Ergänzung zu den öffentlichen Angeboten, werden auch aus Sicht der Träger der Migrationsarbeit und durch die Migrant_innenorganisationen für sehr wichtig erachtet. Sie bedürfen der weiteren Umsetzung.

- ⇨ Die Integrationsbeauftragte sicherte und sichert derzeit – gefördert durch den Bezirkshaushalt – Informationsveranstaltungen und Multilplikatorenschulungen für (auch ältere) Spätausiedler_innen, bei Nutzung der im Bezirk vorhandenen Infrastruktur zur Gewinnung und Begleitung von Ehrenamtlichen.

  Andere, ähnlich gelagerte Angebote für weitere "Subgruppen" sind derzeit im Bezirk nicht bekannt. Reistrommel e.V. signalisierte jedoch bereits den aktuellen Bedarf an solchen Angebote auch für ältere und alternde Vietnames_innen, worauf noch zu reagieren sein wird.

- ⇨ Bezüglich der sich aus Leitlinie 4 des Leitlinienentwurfs der Seniorenarbeit im Land Berlin ergebenden Anforderungen, wurde im Bezirk eine spezielle mehrsprachige Verbraucherberatung für ältere und alte Migrant_innen (im Stadtteilzentrum Mitte plus Netzwerk) eingerichtet. Leider endete dieses gute Angebot ohne Aussicht auf Ersatz zum Jahresende 2013 wegen fehlender Ressourcen.

- ⇨ Die auf die Leitlinien 2. Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen stärken und 11. Ältere Migrantinnen u. Migranten im Leitlinienentwurf abzielende Aussage in der Altenplanung, wonach eine wachsende Gruppe der künftigen Seniorinnen und Senioren (50 bis unter 65 Jahre) ausgeprägte fachliche und soziale Kompetenzen ins Alter einbringt und diesbezüglich Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben auf unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern besteht, betrifft in erster Linie die russischsprachigen, eingebürgerten und integrierten Menschen mit Ausländerstatus. Für andere "Subgruppen" besteht noch der Bedarf an speziellen Konzeptionen und ggf. an gezielt ausgerichteten Projekten, da sie schwer erreichbar sind, konzipiert z.B. als Leitprojekte für die geplante Fortschreibung des Bezirklichen Integrationsprogramms.

- ⇨ Die Integrationsbeauftragte hat auch für die Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund steigende Hilfebedarfe identifiziert, die dem Einsetzen von Pflege vorgelagert sind. Diese Hilfebedarfe erfordern die Entwicklung qualifizierter und kultursensibler Beratungsangebote (Ernährungsberatung, Sturzprävention, Impfungen im Alter). Ferner die Erschließung von Selbsthilfepotenzialen, die Entwicklung von Service–Angeboten und den Ausbau einer sozialen Infrastruktur im Bezirk, die für Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter - insbesondere auch bei Einschränkung ihrer Mobilität - erreichbar ist. Entsprechende Leitprojekte für die Fortschreibung des bezirklichen Integrationsprogramms sind zu konzipieren, die auf einen besseren Zugang alter Migrant_innen und ihrer (i. d. R. pflegenden Familien) zu den im Bezirk vorhandenen sozialen und gesundheitlichen Angeboten abzielen.

Unter der hier zuzuordnenden Zielstellung des Erhalts selbstbestimmter Lebens- u. Haushaltsführung in der eigenen Wohnung und im vertrauten Wohnumfeld, auch bei häuslichem Pflegebedarf, unter Aktivierung familialer Ressourcen, Nutzung von Nachbarschaftshilfe, ambulanter Pflegeleistungen u. a., wurden von Vision e.V. im Berichtszeitraum diverse Infoveranstaltungen zum Thema durchgeführt.

- ⇨ Zu der der Abteilung Gesundheit, Soziales und Planungskoordination/ Koordinatorin Stadtteilzentren federführend obliegenden Aufgabe, Angebote für künftige Seniorinnen und Senioren und junge Alte **– unter Vorbehalt der Bereitstellung hierfür erforderlicher Ressourcen –** wohnortnah weiter zu erhalten und bedarfsgerecht zu gestalten, wobei den Stadtteilzentren besondere Bedeutung zukommt, und in weiterer Ausgestaltung des Stadtteilzentren-Vertrages zur Sicherung von generationsübergreifenden und auch spezifischen Angeboten für die Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren beizutragen und insbesondere die bereits vorgehaltenen kulturellen sozialräumlichen Angeboten in den Stadtteilzentren durch Weiterfinanzierung dieser Zentren zu erhalten, gibt die Integrationsbeauftragte eine - aus ihrer Gesamtsicht - positive Einschätzung ab, wonach das alles auch für die Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund im möglichen Rahmen läuft.

Die bezirkliche Integrationsbeauftragte ist „per se“ Mitglied des Beirates zur Umsetzung der Altenplanung und hat dort insbesondere die Aufgabe, die Diskussion um die Belange von Spätaussiedler_innen sowie Migrantinnen und Migranten im Bezirk zu befördern.

2.3.3 Bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte

Die Fortschreibung der Altenplanung für die Jahre 2012–2016 und damit verbundene Handlungsschwerpunkte und Handlungsempfehlungen aus der Sozialstudie „50 und älter in Marzahn-Hellersdorf 2010“ berühren unterschiedliche Arbeitsbereiche der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten. Detaillierter herausgearbeitet hat die Gleichstellungsbeauftragte hierzu zwei ihrer Einschätzung nach als realisierbar anzusehende Schwerpunkte ihrer Tätigkeit für den Berichtszeitraum, die in Kooperation mit dem Frauenbeirat inhaltlich ausgestaltet wurden und weiter umzusetzen sind. Diese stehen im Kontext zur Kategorie „Geschlecht und Diversity“ und berühren die Förderung von Frauen im Alter im Sportbereich sowie die Prävention von Gewalt im Alter:

Schwerpunkt „Förderung von Frauen im Alter im Sportbereich“:

Die Thematik „Förderung von Frauen im Sport im Bezirk Marzahn-Hellersdorf“ und deren Facetten widerspiegeln sich in den zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Altenplanung 2012 – 2016 vorliegenden Leitlinien der Seniorenpolitik/ Entwurfsfassung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Stand: 09. Juli 2012. Zwischenzeitlich sind die Leitlinien in etwas erweiterter Form und Nummernfolge verabschiedet worden:

- Sport und Bewegung älterer Menschen (Leitlinie 10): "Sportlicher Aktivität der Einzelnen und des Einzelnen soll keine Altersgrenze gesetzt sein. Der Senat setzt sich dafür ein, dass das vielfältige Sportangebot für ältere Menschen bedarfsgerecht weiterentwickelt wird, um möglichst vielen Menschen eine Teilhabe am Aktivsport bis ins hohe Alter zu ermöglichen."

- Ältere Migrantinnen und Migranten (Leitlinie 11): "Migrantinnen und Migranten sind fester Bestandteil der Berliner Stadtgesellschaft. Der Senat berücksichtigt die besonderen Belange der älter werdenden Migrantinnen und Migranten und wird sein Engagement in dem wichtigen Bereich der Interkulturellen Altenhilfe und Pflege ungebrochen fortsetzen."

- Altern und Gesundheit (Leitlinie 12): "Prävention und Gesundheitsförderung sind Voraussetzungen für den Erhalt von Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. Die Landesgesundheitskonferenz Berlin will durch den von ihr angestoßenen Gesundheitszielprozess einen Beitrag zum Ausbau von Strategien der sozialraumorientierten Gesundheitsförderung leisten. Dabei sollen insbesondere Maßnahmen zur Bewegungsförderung ausgebaut sowie die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Depressionen und Demenz und ihre Angehörigen durch die Entwicklung adäquater Versorgungsstrukturen gefördert werden."

- Altersarmut in Berlin (Leitlinie 15): "Die weit überwiegende Zahl der Berliner Seniorinnen und Senioren ist im Alter nicht auf staatliche Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen. Der Senat wird sich dafür einsetzen, dass dies auch für nachfolgende Generationen so bleibt. Dazu gehört auch die Sicherstellung der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, insbesondere im Zusammenhang mit den Armutsrisiken „Krankheit“, „Behinderung“ und „Pflegebedürftigkeit“."

⇨ Im Rahmen der weiteren Realisierung des Modellprojektes Frauensporthalle werden die Erkenntnisse und Ergebnisse eingebunden, die der Gleichstellungsbeauftragten auf Grund der umfangreichen Befragungen auf den FrauenFitnessTagen 2012 und 2013 vorliegen. Faktum ist, dass beide Sporttage, die ausschließlich für Frauen von Frauen durchgeführt worden sind, mit 2/3 der Teilnehmerinnen von Frauen über 55+ angenommen wurden. Diese Erkenntnis bietet eine belastbare Grundlage dafür, dass spezielle Sportangebote für Frauen dieser Altersgruppe im Besonderen im Rahmen des Modellprojektes Frauensporthalle realisiert werden. Das Projekt Frauensporthalle wird in Kooperation der Gleichstellungsbeauftragten mit dem Sportamt, dem Bezirkssportbund, dem Landessportbund Berlin, Frauenbeirat und verschiedenen Trägern im Bezirk sowie überbezirklichen Anbietern weiter umgesetzt.

Die Gleichstellungsbeauftragte hat das Konzept zum Modellprojekt Frauensporthalle ihrer Berichterstattung beigefügt.

Schwerpunkt "Prävention von Gewalt im Alter":

⇨ Das Thema „Gewalt im Alter“ wird im Arbeitskreis Marzahn-Hellersdorf regelmäßig bearbeitet. Ein weiterer Fachtag ist hierzu vorgesehen und soll in Kooperation mit dem Frauenbeirat, der Altenhilfekoordinatorin und unter Einbeziehung von Frauen, die im Bereich der Fraueninfrastruktur im Bezirk mit älteren Frauen arbeiten, sowie der Berliner Polizei und dem Netzwerk Frauengesundheit im Kontext von sexualisierter Gewalt bei alten Menschen vorbereitet und durchgeführt werden.

Die zeitlich rechtzeitige und angemessene Beteiligung der Fachkräfte sowie der Koordinierungsstelle ist vorgesehen. Analog dazu wird die Öffentlichkeit informiert.

Die bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte ist „per se“ Mitglied des Beirates zur Umsetzung der Altenplanung und hat u.a. folgende Aufgaben:

- Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetztes im Bezirk
- Beratung des Bezirksbürgermeisters in allen Gleichstellungsfragen
- enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden freien Trägern, die im Bezirk wirken
- Erarbeitung von Stellungnahmen und Alternativvorschlägen in

Gleichstellungsfragen zu allen zur Beschlussfassung vorliegenden BA-Vorlagen bzw. entsprechende Informationen.

2.4 Abteilung Bürgerdienste und Facility Management

Bezugspunkt Leitlinien der Seniorenpolitik/ Entwurfsfassung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Stand: 09. Juli 2012.; hier: 3. „Wohnen und Mobilität im Alter“:

⇨ Bürgeramtsleistungen ließen sich grundsätzlich auch dezentral, im Lebensumfeld mobilitätseingeschränkter Menschen und für diese damit besser erreichbar anbieten, etwa in Stadtteilzentren und Senioreneinrichtungen. Der aktuelle Zugang in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen zu Bürgeramt-Leistungen wäre so mittels mobiler Angebote verbesserungsfähig. Diese für Bürger_innen attraktiven Angebote kommen für Marzahn-Hellersdorf derzeit leider nicht in Betracht, da mit dem dort noch verfügbaren Personal nur noch ein Notbetrieb an zentralen Standorten gesichert werden kann.

Da der Einsatz mobiler Angebote als ein langfristig zu entwickelnder Realisierungsschwerpunkt definiert wurde, ist eine neue Bewertung (Notbetrieb) Anfang 2016 zweckmäßig, da in den kommenden zwei Jahren keine Änderungen der personellen Ressource eintreten. Damit kann die Einrichtung und Betreibung mobiler Dienstleistungsangebote durch die Bürgerämter für den Zeitraum des Doppelhaushaltes 2014 – 2015 ausgeschlossen werden.

Realisierungszeitraum: langfristig

Bezugspunkt Leitlinien der Seniorenpolitik/ Entwurfsfassung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Stand: 09. Juli 2012.; hier: 15. „Altersarmut in Berlin“:

⇨ Altersarmut und problematische Wohngeld-Einkommensgrenzen: für Bezirkspolitik und Verwaltung absehbar sind wachsende finanzielle Notlagen für Neurentner, selbst nach 40 – 42 Arbeitsjahren. Oft haben diese Menschen ein nur geringfügig über den Bemessungsgrenzen liegendes und damit „zu hohes“ Einkommen, um Sozialleistungen wie das Wohngeld beantragen zu können. Dann fließen erhebliche Anteile des Haushaltsnettoeinkommens in Mietzahlungen und werden Möglichkeiten zur Teilhabe für die Altersgruppe, soweit diese mit Ausgaben verbunden sind, stark eingeschränkt. Bundespolitik wäre hier aufgerufen, Rechtsgrundlagen und Tabellenwerte schnell zu ändern, um so einen nachhaltigen Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut und sozialer Isolation im Alter zu leisten.

Die zum Arbeitsschwerpunkt "Bekämpfung von Altersarmut und sozialer Isolation im Alter" federführende Verantwortung der Abt. Bürgerdienste und Facility Management ist besonders bemerkenswert, kann aber so nicht realisiert werden. Politische Aktivitäten zur Änderung der Wohngeld-Einkommensgrenzen können nur durch eine politische Initiative des Senats/ des Abgeordnetenhauses gegenüber dem Bund oder durch Parteien umgesetzt werden. Um dem gerecht werden zu können, müsste eine landesweite Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bezirke diesem Thema inhaltlich nachgehen.

Realisierungszeitraum: mittelfristig

⇨ Es gelten auch für die Abteilung Bürgerdienste und Facility Management die allgemeinen, ergänzenden Hinweise der Anlage 2 der Beschlussvorlage zur Fortschreibung der bezirklichen Altenplanung für den Zeitraum 2012 – 2016 wie folgt:

„2. Die Umsetzung der Arbeitsschwerpunkte der Altenplanung 2012-2016 steht, genau wie in den Fachplanungen anderer Ressorts auch, unter *Ressourcenvorbehalt.* Bei insgesamt nur begrenzt zur Verfügung stehenden Personal- und Sachmitteln bei allen beteiligten internen und externen Akteurinnen und Akteuren war und ist es von zentraler Bedeutung, sich hierbei auf Schwerpunkte zu konzentrieren und diese mit möglichst konkreten Maßnahmen zu untersetzen, die sachgerecht, zielgenau und erfüllbar sind. Es durfte und darf in der Öffentlichkeit keine Erwartungshaltung aufgebaut werden, dass die beteiligten Einrichtungen und Träger, einschließlich des Amtes für Soziales, in der Lage sind allen sich entwickelnden Bedarfen zu entsprechen, auf breiter Basis neue Angebote zu entwickeln und umzusetzen bzw. umfassend koordinierend-vernetzend tätig zu werden.

⇨ Durch die Umsetzung der DIN-Norm 18040-1 zum barrierefreien Planen, Bauen und Wohnen ist es zu einer Kostensteigerung bei Um- und Neubau gekommen, was zur Folge hat, dass weniger Maßnahmen umgesetzt werden können.

⇨ Der Behindertenbeauftragte des Bezirkes wird bei Planungs- und Bauvorhaben mit einbezogen.

2.5 Abteilung Jugend und Familie, Weiterbildung und Kultur:

2.5.1 Jugendamt

⇨ Es findet weiterhin in Gebäuden des Jugendamtes eine Nutzung von Räumlichkeiten von freien Trägern und Interessengruppen der Zielgruppe Seniorinnen und Senioren statt. Hier sind exemplarisch folgende Nutzungen zu nennen:

- In der Jugendfreizeiteinrichtung (JFE) Joker spielen die Seniorinnen und Senioren am Donnerstag von 10.00 - 13.00 Uhr Tischtennis und es trifft sich die örtliche Sozialkommission.
- In der Jugendfreizeiteinrichtung Balzerplatz finden einmal monatlich Café mit Tanz, Kino sowie gymnastisches Tanzen als regelmäßige Angebote statt. Weitere Raumvergaben erfolgen je nach Bedarf, z.B. bei Treffen durch die Volkssolidarität bei Jubiläen (exemplarisch 80., 90., 100. Geburtstage).
- In der Jugendfreizeiteinrichtung Villa Pelikan gibt es folgende, Seniorinnen und Senioren einbeziehende Angebote durch die Volkssolidarität: Betreuung der Bibliothek, Lesestunde mit/für Kinder(n), Veranstaltungen mit/für Kinder(n), Ausflüge mit/für Kinder(n).

⇨ Konkrete Angebote, die durch Einrichtungen und Projekte der Jugendhilfe durchgeführt werden und sich an Seniorinnen und Senioren richten, sind in der Jugendhilfe weiterhin die Ausnahme, wie in der Jugendfreizeiteinrichtung "Haus der Begegnung M3", in der von Montag – Freitag von 10:00 - 14:00 Uhr das Café für Anwohnerinnen und Anwohner im Kiez und - unabhängig vom Alter – auch eine kostengünstige Mittagsversorgung offeriert werden. Weiterhin aufzuführen ist diesbezüglich das Hochhauscafé vom Kinderring e.V., in dem verschiedene Angebote für Seniorinnen und Senioren stattfinden.

⇨ Weiterhin gibt es auch Angebote, die in Kindertagesstätten von Seniorinnen und Senioren ehrenamtlich für Kinder unterbreitet werden.

- ⇨ Bezogen auf die Marzahn-Hellersdorfer Jugendfreizeiteinrichtungen, hat es zum Februar 2014 durch die Übertragung der kommunalen Einrichtungen an freie Träger einen Wechsel der Trägerschaft geben.

  Grundsätzlich ist auch nach einem Trägerwechsel die Nutzung von Räumen durch Seniorinnen- und Seniorengruppen in den o. g. Einrichtungen weiterhin möglich.

  Wenn es konkrete, längerfristige Kooperationen gibt, wird auch seitens des Jugendamtes darauf hingewirkt, dass der jeweils neue Träger diese aufrechterhalten möge. Es wird aber notwendig sein, in jedem Einzelfall mit dem jeweiligen Träger der betreffenden Jugendfreizeiteinrichtungen neue Absprachen zu Raumnutzungen, eingebettet in das jeweilige Konzept, zu treffen.

- ⇨ Der Jugendhilfeplaner ist von der Bezirksstadträtin für Jugend und Familie, Weiterbildung und Kultur beauftragt, als ihre stimmberechtigte Abwesenheitsvertretung an Beratungen des Beirats zur Umsetzung der Altenplanung teilzunehmen.

2.5.2 Amt Weiterbildung und Kultur

In allen mit entsprechender Zuordnung zu den Leitlinien der Seniorenpolitik beschriebenen kulturellen Arbeitsschwerpunkten der Fortschreibung der Altenplanung ist das Amt für Weiterbildung und Kultur im Berichtszeitraum tätig geblieben bzw. tätig geworden.

- ⇨ Lebenslanges Lernen - Angebote der Volkshochschule nutzen und vernetzen:
  Die kommunale Volkshochschule hält in allen großen Bereichen besondere Kursangebote für ältere Interessierte vor, die darauf ausgerichtet sind, in Bezug auf Inhalt, Tempo und Methodik deren speziellen Interessenslagen und Anforderungen gerecht zu werden.

  Konkret wurden im zurückliegenden Herbstsemester 59 Kurse mit Teilnehmer_innen der Altersgruppe 50 + durchgeführt. Qualifizierte Fachdozent_innen vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten in Sprachen, Gesundheitsbildung und EDV. Evaluierend kann beschrieben werden, dass der Begriff des Lebenslangen Lernens im Bezirk angenommen wird. Eine besondere Spezifikation ist durch ein hohes Maß an Sprachkursen (DAF) für Migrantinnen und Migranten jeden Alters erkennbar.

  Seit 2013 ist der Zugang zum Standort in der Mark-Twain-Str. 27 behindertengerecht, somit auch für Ältere leicht zugänglich geworden.

- ⇨ Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am Leben in der Gesellschaft - Angebote der Musikschule nutzen:
  Analytisch wurden im Konzept zur Bildungsoffensive der kommunalen Musikschule für den Zeitraum 2010-2015 entsprechende demografische Entwicklungen bereits 2010 erkannt und berücksichtigt. Der Arbeitsbereich der Kooperationsarbeit mit Senioreneinrichtungen (Seniorensingekreise/ Gruppenmusizieren mit Seniorinnen und Senioren) wurde und wird stetig erweitert.

  In der Öffentlichkeit beworbene Unterrichtsangebote der vielfältigen Instrumental- und Vokalunterrichte richteten sich, bis auf wenige alterspezifisch indizierte, an alle Altersgruppen. Die Annahme der bestehenden Angebote lässt sich statistisch nur für die Altersgruppe 60+ abbilden[1]:

[1] Die Teilnehmer_innen der Altergruppe 50 + werden statistisch erfasst in der AG 26-60

22 Teilnehmer_innen in Instrumental- und Vokalunterrichten,
73 Teilnehmer_innen Kursunterrichte aus Kooperationsangeboten in 4 bezirklichen Seniorenheimen (Stand 01.10.13 MusikaOnWeb-Statistik).

Über 100 kostenfreie Konzerte der Musikschule im Jahr waren und sind kulturelle Anziehungspunkte für Eltern und Großeltern jüngerer Schüler_innen. Darunter befinden sich, entsprechend dem Teilnehmer_innenkreis, auch eine Vielzahl von älteren Migrantinnen und Migranten.

⇨ Kompetenzen und Lebenserfahrung nutzen - Beiräte und Gremien, Kunst, Kultur, Gedenkarbeit u.a.:
Die Besetzung des Kulturbeirates weist altersmäßige Durchmischung auf, die Vorsitzende ist z.B. 70 Jahre alt geworden und genießt mit ihrer professionellen Erfahrung, Souveränität und Kenntnis der Kunstlandschaft eine hohe Autorität. Eine Verjüngung des Beirates ist im letzten Jahr erfolgt, die Stellvertreterin ist z.B. etwa 30 Jahre alt.

In der Kommission Bezirkliche Gedenkorte sind ebenso ältere (Heimatverein) und etwas jüngere Mitglieder vertreten. In der Kommission Kunst am Bau/ Kunst im öffentlichen Raum gibt es eine eher jüngere Besetzung (Künstler_innen).

⇨ Den Bezirk zum Kulturraum der Generationen entwickeln - Teilhabe an Kultur in der Stadt:
Die Kultureinrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft (Schloss Biesdorf befindet sich in der Bauphase) waren und sind weiterhin bestrebt, generationsübergreifende Kulturprojekte zu realisieren. Die älteren Besucher_innen sind nach wie vor und in wachsendem Maße präsent in den Einrichtungen und zeigen sich als aufgeschlossenes, interessiertes Publikum.

Hier ist v. a. das Freizeitforum zu nennen, aber ebenso das Bezirksmuseum oder das Gründerzeitmuseum. Es gibt anspruchsvolle Künstler-Ehrungen zu runden Jubiläen - z.B. kürzlich Barbara Kellerbauer und Lothar Voigtländer zum jeweils 70. Geburtstag.

⇨ Nachbarschaftskunst – sichtbar machen, was an künstlerischer Arbeit entsteht Teilhabe an Kultur in der Stadt:
Es gehört zu den Leitlinien der kommunalen Kulturarbeit, generationsübergreifende Angebote zu offerieren, darunter natürlich auch Angebote für Senior_innen. Dieses Prinzip wurde und wird auch in der Auswahl der Projekte im Rahmen der Verteilung der Mittel des Bezirkskulturfonds angewendet, wofür eine ebenfalls altersmäßig durchmischte Jury Empfehlungen ausspricht.

Das Jahr 2014 wird im Kulturbereich thematisch unter das Motto „Wir sind Nachbarn“ gestellt, und hier werden bereits Projekte geplant, die auch Kunst bzw. Künstler_innen aus der Nachbarschaft vorstellen, z.B. im Rahmen eines Tages der offenen Ateliers bei „kultour à la carte“.

⇨ Lebenslang lernen - Senioren und Seniorinnen als Zielgruppe für Weiterbildungsangebote:
Ausblick: Die Leistungsangebote der Weiterbildungsbereiche werden an die sich stetig erneuernden und angepassten Bedürfnissen nach Lebenslangem Lernen, Vorbeugung von Alterserkrankungen durch Training der körperlichen und geistigen Fitness anhaltend angepasst. Die Wahrnehmung der Ergebnisse wissenschaftlicher Studien befördert dabei die Bedeutung dieser Bildungsangebote hinsichtlich der eigenen physischen und psychischen Gesunderhaltung.

Mit Blick auf den im jüngsten Bericht zur Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2011 bis 2030 beschriebenen anhaltenden Aufwuchs an Bürgerinnen und Bürgern im höheren Lebensalter, werden diesen auch zunehmend mehr Angebote in den Kultur- und Weiterbildungsbereichen eröffnet.

Dem wachsenden Trend nach Teilhabe an musischen und musiktheoretischen Angeboten dieser Altersgruppe wurde z.B. jüngst durch Realisierung ergänzender Unterrichtsformen entsprochen. Neu konstituiert hat sich ein aus Instrumentalschüler_innen bestehendes Erwachsenenensemble Akkordeon (AG 30-65) und der musikgeschichtliche Kurs „Musik verstehen für Senioren".

⇨ Den Bezirk zum Kulturraum der Generationen entwickeln:
Das Jahr 2014 wird, wie bereits im „kultour à la carte"-Kontext dargelegt, von den Bildungs- und Kultureinrichtungen im Amt unter das besondere Motto „Wir sind Nachbarn" gestellt. Ziel ist es, mit thematisierten künstlerischen, bildnerischen und pädagogischen Angeboten, wie Konzerten, Bildungsveranstaltungen, Ausstellungen, Ehrungen u. v. m. unter dem Aspekt der fachlichen Überschneidung und der menschlichen Vermischung von Alt und Jung, integrative Beteiligungsmöglichkeiten der AG 60+ im Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu ermöglichen. Somit wird eine Erweiterung und Vernetzung des Kulturraumes für alle Generationen vorgenommen.

Die Generation 50+ ist eine Hauptzielgruppe aller Bibliotheken. Sie ist heutzutage wissbegierig und vielfältig interessiert. Mit Übergang in das Zeitalter der Technik (modernste Kommunikationsmittel) möchten auch Senioren und Seniorinnen den fachgemäßen Umgang damit erlernen. Sie sind mobil und an allen Angeboten der Bibliothek sehr interessiert. Die Angebote der Bibliotheken sind besonders begehrt, da sie kostenfrei oder gegen ein nur geringes Entgelt nutzbar sind.

Gerade die Erich-Weinert-Bibliothek liegt im ältesten Wohngebiet des Bezirkes. Sie ist die Stadtteilbibliothek mit dem höchsten Durchschnittsalter bei den Benutzer_innen. Für diese Zielgruppe wird bereits verstärkt das Medienangebot in Richtung Unterhaltungsliteratur/ Ratgeber in Alltagsfragen / Gesundheit u. a. ausgebaut.

Auch der Bestand an Büchern in großer Schrift wird kontinuierlich erweitert. Ein hoher Anteil des Medienetats wird von allen Bibliotheken für das „Populäre Medienzentrum" verwendet (hier vor allem für Hörbücher und Filme). Für diese Bibliothek sind eine zeitnahe Modernisierung, sowie die Verbesserung der Barriere-Freiheit daher dringend notwendig (Einbau eines Personenaufzugs bzw. Rampe / Benutzer-WC).

⇨ Perspektivisch wichtige Schwerpunkte zur Altenplanung in Bibliotheken:
- Ausbau von Medien für diese Altersgruppe berücksichtigt Hörbücher, Bücher mit großer Schrift, Filme auf DVD, Blu-Ray, CDs und Noten für Heimmusik
- Schaffung, Erhaltung und Kennzeichnung von barrierefreien Zugängen (Kennzeichnen von Stufen mit weißen Strichen), Fahrstuhl etc.
- Ausrichtung der altersgemäßen Startzeiten für Veranstaltungen
- Bereitstellung der Medien zum Thema in gesonderter Ausstellung und thematische Veranstaltungen (z. B. September 2013 im Rahmen des Internationalen Literaturfestivals das Thema "Weltweisheit: Kulturen des Alterns")
- Ausbau der Bibliothek als Begegnungsstätte und gemütlichen Aufenthaltsort
- Ausbau von Veranstaltungen/ Vorträgen/ Weiterbildungen zu Themen wie: ebooks und Nutzung von ebook-Readern, Internet, socialnetwork, Outlook u. a.

Unter Federführung des Amtes für Weiterbildung und Kultur/ FB Bibliotheken stand und steht die Umsetzung des ständigen Arbeitsschwerpunktes „Teilhabe von Senioren und Seniorinnen am Leben in der Gesellschaft – Angebote von Lesungen, Veranstaltungen und Ausstellungen der Bibliotheken und Möglichkeiten der Beteiligung an Durchführungen nutzen“.

Die Realisierung der o. g. Vorhaben – mit engem Bezug zu den Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik 7. Lebenslanges Lernen und 9. Teilhabe an Kultur in der Stadt - erfolgt in Zusammenarbeit mit Autorenlesefonds, Mark-Twain-Bibliothek (Hauptbibliothek), Förderverein Stadtbibliothek Marzahn-Hellersdorf e.V. u.a., die Berichterstattung hierzu in enger Absprache mit dem Beirat zur Umsetzung der Altenplanung.

2.6 Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung

Schwerpunkt Einflussnahme auf die Gestaltung des Wohnumfeldes im Quartier im Kontext mit der demographischen Entwicklung (barrierefreies Wohnumfeld) gemäß Rechtsvorschriften/ Standards Wohnungsunternehmen durch die Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung/ Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung:

- ⇨ Berührungspunkte zur Arbeit des Fachbereiches Stadtplanung werden im Bereich der Erarbeitung von Bebauungsplänen in der in der Anlage benannten Misch-/ Mitnutzung von Gebäuden durch unterschiedliche Generationen gesehen. Bei der Planung von Gemeinbedarfsflächen geht der Fachbereich Stadtplanung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung davon aus, das Nutzungsspektrum breiter festzusetzen. Das ermöglicht, langfristig auf zu erwartende Änderungen in der Bevölkerungsstruktur und damit auf die jeweilig erforderliche Nutzung von Gemeinbedarfseinrichtungen schnell im Rahmen des festgesetzten Nutzungsspektrums zu reagieren, ohne dass eine Änderung des Bebauungsplanes erforderlich ist.
- ⇨ Es besteht in der Zusammenarbeit von Stadtteilzentren und Quartiersmanagement eine Chance, durch gemeinsame Projekte und daraus resultierende Synergie-Effekte bürgerschaftliches Engagement für alle Generationen, aber auch für künftige Senior_innen zu stärken und zu fördern. Die Arbeit des Quartiersmanagements beinhaltet hierzu im Wesentlichen die Vernetzung der einzelnen Beteiligten.

- ⇨ Als ein Arbeitsschwerpunkt wird die Implementierung der Standards für kultursensible Arbeit in den Beratungsprozess in den Behörden und Einrichtungen benannt. Im Fachbereich erfolgte hierzu bisher noch keine Initiative. Betroffenheit besteht aus Sicht des Fachbereiches Stadtplanung hier bei der Beratung von Bauherr_innen insbesondere in Bezug auf Ansprache und Räumlichkeiten, aber auch im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen zu Bebauungsplanverfahren. Die Standards werden umgehend im Fachbereich zur Kenntnis gebracht.

Schwerpunkt Fußverkehrsstrategie für Berlin „Barrierefreie öffentliche Räume“ in Zuständigkeit der Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt:

- ⇨ Im Jahr 2013 wurden 90.000 €für die barrierefreie Ausgestaltung wesentlicher Fußverkehrsverbindungen investiert. Leistungen in Höhe von 42.000 €konnten bereits abgerechnet werden, die restlichen Mittel wurden beauftragt. Folgende Fußverkehrsverbindungen sind bereits barrierefrei bzw. wurden es bis Ende 2013.

- Mahlsdorf/Kaulsdorf-Nord:
  1. Ludwigsluster Straße 71 A/ Bansiner Straße

2. L.-Braun-Straße/ Cecilienstraße
3. Bodo-Uhse-Straße/ P.-Huchel-Straße
4. Florastraße (am Rechenzentrum)
5. Florastraße/ Burggrafenstraße
6. Florastraße/ Sudermannstraße
7. Markgrafenstraße/ Siegfriedstraße
8. Linderhofstraße/ Melanchtonstraße

- Biesdorf
  1. Alt Biesdorf/ Braunsdorfstraße
  Schulwegsicherung zum Otto-Nagel-Gymnasium

- Marzahn
  1. Pekrunstraße Giebel 66/ Allee der Kosmonauten
  2. Franz-Stenzer-Straße 37/45 und 19

- Mahlsdorf-Süd, Kaulsdorf-Süd
  1. Am Niederfeld/Am Feldberg
  2. Am Niederfeld/Penkuner Weg
  3. Kohlisstraße/ Klopstockstraße
  4. Akazienallee/ Lehnitzstraße
  5. Brodauer Straße/ Münsterberger Weg
  6. Pilgramer Straße 241
  7. Müllerstraße 65

  Der Fachbereich Tiefbau hat sich zum Ziel gestellt, alle Treppenanlagen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu markieren bzw. neu zu markieren. Es handelt sich hier um 178 Treppenanlagen. Zu 60% sind diese Arbeiten bereits erfolgt. Die noch ausstehenden Markierungsarbeiten (40%) werden weitergeführt.

Schwerpunkte:
- Bedarfsgerechte Gestaltung des Wohnungsbestandes in Zuständigkeit der Wohnungsunternehmen, der Abteilung Wirtschaft

und

- Stadtentwicklung/ Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung und Barrierefreies Wohnen in Zuständigkeit der Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung Wirtschaftsförderung

⇨ Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat mit Hilfe der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt das „Wohnungsmarktentwicklungskonzept Marzahn-Hellersdorf 2020“ erstellt, welches am 04.11.2013 in einer Podiumsdiskussion den ansässigen Wohnungsunternehmen vorgestellt wurde.

Im Wohnungsmarktentwicklungskonzept wird auf die dramatische Veränderung der 65-Jährigen und Älteren hingewiesen und die Wohnungsunternehmen dahingehend sensibilisiert, dass zukünftig sowohl beim Wohnungsangebot im Bestand, aber auch beim Neubau den Anforderungen für diese Altersgruppe Rechnung getragen wird.